

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(3. Sitzung am 10. April 2013)

Beratungsthemen:

Erster nicht öffentlicher Sitzungsteil

1. **Unterrichtung durch Frau Justizministerin Niewisch-Lennartz über die Arbeitsschwerpunkte ihres Ressorts in der 17. Wahlperiode**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Ministerin Niewisch-Lennartz entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung**
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - [Drs. 17/22](#)

Der - federführende - Ausschuss bat den Ausschuss für Haushalt und Finanzen um Durchführung der Mitberatung. Die Landtagsverwaltung soll den neuen Ausschussmitgliedern die Niederschrift über die Anhörung am 3. und 4. November 2011 (102. und 103. Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen der 16. Wahlperiode) zur Verfügung stellen. Falls sich im Laufe der Beratungen die erforderliche Mehrheit für eine Annahme des Gesetzentwurfes abzeichnet, soll den kommunalen Spitzenverbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden.

Öffentlicher Sitzungsteil

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf Fraktion der FDP - [Drs. 17/24](#)

Der Ausschuss führte die öffentliche Erörterung durch.

4. **Diskriminierung Homosexueller beenden - Vollständige Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft herstellen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/31](#)

Der Ausschuss führte die öffentliche Erörterung durch.

Zweiter nicht öffentlicher Sitzungsteil

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Abgeordnetengesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 17/24](#)

Der - federführende - Ausschuss kam überein, die Beratung des Gesetzentwurfes zurückzustellen, bis ein angekündigter weiterer Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vorliegt.

6. **Diskriminierung Homosexueller beenden - Vollständige Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft herstellen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/31](#)

Der - federführende - Ausschuss bat das Justizministerium, ihn in der nächsten Sitzung über den Sachstand zu unterrichten. Die Fraktionen der SPD und der Grünen kündigten eine aktualisierte Fassung ihres Antrages an. Der Ausschuss kam überein, die Beratung des Antrages auf der Grundlage dieser Fassung durchzuführen.

7. **Eingaben**

Der Ausschuss behandelte zwölf Eingaben.